

Inhaltsübersicht

Verfasser	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXV
Kapitel 1: Vom Vermögenstransfer zur Steuerzahlung	1
I. Arten übertragenen Vermögens	3
II. Wirkungsmechanismen im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	4
III. Unternehmensvermögen	6
IV. Immobilien	15
V. Kapitalvermögen und sonstiges Privatvermögen	20
VI. Nießbrauch und Versorgungsleistungen	21
VII. Erbschaftsteuererklärung und Erbschaftsteuerzahlung	30
VIII. Ertragsteuerliche Aspekte	30
IX. Zusammenfassende Überlegungen zur Nachfolgegestaltung	35
Kapitel 2: Fallbeispiele	39
I. Beispiel: Unternehmensvermögen	40
II. Beispiel: Immobilien	87
Kapitel 3: Weiterführende Erläuterungen zu Bewertungstheorie und -praxis	97
I. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen im ErbSt-Recht	98
II. Die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände	158
III. Die Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	178
Kapitel 4: Weiterführende Erläuterungen zum Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht	187
I. Grundlagen	189
II. Verschonung von Betriebsvermögen	216
III. Weitere Steuerbefreiungen	272
IV. Hinweise zur Erstellung der Erbschaftsteuererklärung	285
V. Konsequenzen des Brexits für unentgeltliche Vermögensübertragungen	291
Kapitel 5: Weiterführende Erläuterungen zu Ertragsteuer und Grunderwerbsteuer	297
I. Ertragsteuerliche Folgen	298
II. Grunderwerbsteuer	344
Kapitel 6: Nießbrauch, Auflagen und Gegenleistungen	359
I. Zivilrechtliche Grundlagen	360
II. Nießbrauch an vermieteten Grundstücken	369
III. Nießbrauch an Anteilen von Personengesellschaften	380
IV. Nießbrauch an Anteilen einer Kapitalgesellschaft	391
V. Vermögensübertragungen gegen wiederkehrende Leistungen	393
VI. Bewertung von wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen	402
Kapitel 7: Gestaltungen an der Schnittstelle zwischen Zivil- und Steuerrecht	411
I. Erbrechtliche Grundlagen	413
II. Gestaltungen mit dem ehelichen Güterstand	425
	IX

III. Das Familienheim i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 4a–c ErbStG	441
IV. Vor- und Nacherbschaft	454
V. Pflichtteilsansprüche	467
VI. Ausschlagung	487
VII. Kettenschenkung	492
Sachverzeichnis	497

Inhaltsverzeichnis

Verfasser	V
Vorwort	VII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXV
Kapitel 1: Vom Vermögenstransfer zur Steuerzahlung	1
I. Arten übertragenen Vermögens	3
II. Wirkungsmechanismen im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	4
1. Besteuerung in Abhängigkeit von Vermögen und Empfänger	4
2. Gestaltungen auf Empfängerebene	4
3. Gestaltbare Elemente auf Vermögensebene	5
a) Bewertungsspielräume	5
b) Steuerbefreiungen in Abhängigkeit vom Vermögen	6
III. Unternehmensvermögen	6
1. Grundzüge des Verschonungssystems	7
a) Begünstigungsfähiges Vermögen gem. §§ 13a–c ErbStG	7
b) Abgrenzung des Verwaltungsvermögens	8
c) Ermittlung des begünstigten Vermögens	8
d) Verschonungssystem	10
e) Behaltensfristen und Lohnsummenregelung	11
2. Zusammenspiel von Bewertung und Verschonung	12
IV. Immobilien	15
1. Steuerbefreiungen	15
a) Familienheim	15
b) Steuerbefreiung für denkmalgeschützte Immobilien	16
c) Zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	16
d) Wohnungsunternehmen	17
2. Zusammenspiel von Steuerrecht und Bewertung	18
3. Bewertung von Immobilien	18
4. Grunderwerbsteuer	19
V. Kapitalvermögen und sonstiges Privatvermögen	20
1. Steuerbefreiungen	20
2. Zusammenspiel von Steuerrecht und Bewertung	21
VI. Nießbrauch und Versorgungsleistungen	21
1. Nießbrauch an vermieteten Grundstücken	22
a) Vorbehaltsnießbrauch	22
b) Zuwendungsnießbrauch	23
c) Quoten- oder Bruchteilsnießbrauch	23
d) Beendigung des Nießbrauchs	24
e) Zusammenspiel von Nießbrauch und Bewertung bei Grundstücken	24
2. Nießbrauch bei Anteilen an Personengesellschaften	25
a) Vollnießbrauch	26
b) Ertragsnießbrauch	26
c) Disquotales Gewinnbezugsrecht	26
d) Zusammenspiel von Nießbrauch und Bewertung bei Personengesellschaften ..	27
3. Vermögensübertragungen gegen Versorgungsleistungen	28
4. Bewertung von Nießbrauch und Versorgungsleistungen	29
VII. Erbschaftsteuererklärung und Erbschaftsteuerzahlung	30
VIII. Ertragsteuerliche Aspekte	30
1. Unternehmensvermögen	30
a) Betriebsvermögen/Einzelunternehmen	31
b) Besonderheiten bei Anteilen an einer Personengesellschaft	32
2. Privatvermögen	33

a) Immobilien	33
b) Kapitalvermögen	34
c) Verlustvorträge	34
IX. Zusammenfassende Überlegungen zur Nachfolgegestaltung	35
Kapitel 2: Fallbeispiele	39
I. Beispiel: Unternehmensvermögen	40
1. Bewertung	40
a) Bewertung nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren	41
b) Bewertung nach dem Ertragswertverfahren gemäß IDW S1	43
2. Beispiel I: Unternehmenswert von 50 Mio. EUR	44
a) Fall I: Schenkung an die Tochter	44
aa) Begünstigungsfähiges Vermögen und Verschonung	45
bb) Abgrenzung des begünstigten Vermögens vom Verwaltungsvermögen	45
cc) Finanzmitteltest	45
dd) Berechnung des Nettowerts des Verwaltungsvermögens	46
ee) Unschädliches Verwaltungsvermögen	46
ff) Begünstigtes Vermögen	46
gg) Verschonungsabschlag	47
hh) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	48
ii) Fazit zu Fall I	49
jj) Zusammenfassende Darstellung der Berechnungen zu Fall 1	50
b) Fall II: Schenkung an beide Kinder	52
aa) Verschonungsabschlag	52
bb) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	53
cc) Fazit zu Fall II	53
c) Fall III: Getrennte Übertragung des Betriebsvermögens und des übrigen Vermögens auf zwei Kinder	54
aa) Verschonungsabschlag	54
bb) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	55
cc) Fazit zu Fall III	57
d) Fall IV: Getrennte Übertragung des Betriebsvermögens auf eine Stiftung und des übrigen Vermögens auf die Kinder	57
aa) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	58
bb) Fazit zu Fall IV	59
e) Ergebnis Beispiel I: Übersicht der Gesamtsteuer für die Fälle I bis IV	60
3. Beispiel II: Übertragung von 54 Mio. EUR	60
a) Fall I: Schenkung an die Tochter	60
aa) Finanzmitteltest	61
bb) Berechnung des Nettowerts des Verwaltungsvermögens	61
cc) Unschädliches Verwaltungsvermögen	61
dd) Begünstigtes Vermögen	62
ee) Verschonungsabschlag	62
ff) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	63
gg) Fazit zu Fall I	64
b) Fall II: Schenkung an beide Kinder	65
aa) Verschonungsabschlag	65
bb) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	66
cc) Fazit zu Fall II	67
c) Fall III: Getrennte Übertragung des Betriebsvermögens und des übrigen Vermögens auf zwei Kinder	68
aa) Verschonungsabschlag	69
bb) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	70
cc) Fazit zu Fall III	71
d) Fall IV: Getrennte Übertragung des Betriebsvermögens auf eine Stiftung und des übrigen Vermögens auf die Kinder	71
aa) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	72
bb) Fazit zu Fall IV	73

e) Ergebnis Beispiel II: Übersicht der Gesamtsteuer für die Fälle I–IV	74
4. Beispiel III: Übertragung von 54 Mio. EUR – höherer Anteil am Verwaltungsvermögen	74
a) Fall I: Schenkung an die Tochter	74
aa) Finanzmitteltest	75
bb) Berechnung des Nettowerts des Verwaltungsvermögens	75
cc) Unschädliches Verwaltungsvermögen	75
dd) Begünstigtes Vermögen	76
ee) Verschonungsabschlag	76
ff) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	77
gg) Fazit zu Fall I	78
b) Fall II: Schenkung an beide Kinder	78
aa) Verschonungsabschlag	79
bb) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	80
cc) Fazit zu Fall II	80
c) Fall III: Getrennte Übertragung des Betriebsvermögens und des übrigen Vermögens auf zwei Kinder	81
aa) Verschonungsabschlag	81
bb) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	82
cc) Fazit zu Fall III	83
d) Fall IV: Getrennte Übertragung des Betriebsvermögens auf eine Stiftung und des übrigen Vermögens auf die Kinder	84
aa) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	84
bb) Fazit zu Fall IV	85
e) Beispiel III: Übersicht der Gesamtsteuer für die Fälle I–IV	86
5. Fazit zu Beispiel Unternehmensvermögen	87
II. Beispiel: Immobilien	87
1. Bewertung der Gesellschaft	87
2. Fall I: Privatvermögen	89
3. Fall II: Wohnungsunternehmen	89
a) Begünstigungsfähiges Vermögen und Verschonung	90
b) Abgrenzung des begünstigten Vermögens vom Verwaltungsvermögen	90
c) Finanzmitteltest	91
d) Begünstigtes Vermögen	91
e) Verschonungsabschlag	91
f) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	92
g) Fazit zu Fall II	92
4. Fall III: Wohnungsunternehmen – Barmittel	92
a) Begünstigungsfähiges Vermögen und Verschonung	93
b) Abgrenzung des begünstigten Vermögens vom Verwaltungsvermögen	93
c) Finanzmitteltest	93
d) Berechnung des Nettowerts des Verwaltungsvermögens	94
e) Unschädliches Verwaltungsvermögen	94
f) Begünstigtes Vermögen	94
g) Verschonungsabschlag	94
h) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	95
i) Fazit zu Fall III	95
5. Fazit zu Beispiel Immobilien: Übersicht der Gesamtsteuer für die Fälle I–III	96
Kapitel 3: Weiterführende Erläuterungen zu Bewertungstheorie und -praxis	97
I. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen im ErbSt-Recht	98
1. Grundsätzliches Vorgehen nach dem Bewertungsgesetz	98
a) Bewertung börsennotierter Unternehmen	100
b) Bewertung nicht börsennotierter Unternehmen	101
2. Vereinfachtes Ertragswertverfahren (§200 BewG)	102
a) Herleitung des zukünftig nachhaltig erzielbaren Jahresertrags	103
aa) Gewinn	103
bb) Hinzurechnungen	105

cc) Abzüge	106
dd) Besonderheiten bei der Zusammensetzung der nachhaltigen Betriebsergebnisse	107
b) Herleitung des Kapitalisierungsfaktors	108
c) Gesondert hinzuzurechnende Wertkomponenten	109
aa) Nicht betriebsnotwendiges Vermögen	110
bb) Beteiligungen an anderen Gesellschaften	111
cc) Junge Wirtschaftsgüter	112
d) Anwendbarkeit des vereinfachten Ertragswertverfahrens	112
3. Bewertung unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten des Unternehmens oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke üblichen Methode	114
a) Eingrenzung der betrachteten Methoden	114
b) Bewertung von Unternehmen nach den im IDW S1 festgehaltenen Methoden	116
aa) Erläuterung des Begriffs Unternehmenswert	116
bb) Grundidee der Unternehmensbewertung: „Bewerten heißt vergleichen“	116
cc) Der Unternehmenswert als Summe der Barwerte der zukünftig zu erwartenden Nettozuflüsse	118
dd) Kapitalwertorientierte Verfahren zur Unternehmenswertermittlung	120
c) Der objektivierte Unternehmenswert im Sinne des IDW S1	121
aa) Ermittlung des zukünftig erwarteten Nettozuflüsse	122
(1) Anforderungen an die Planungsrechnung	122
(2) Aufteilung der Planungsrechnung in Phasen	124
(3) Nettozuflüsse im eingeschwungenen Zustand (Ewige Rente)	125
bb) Ermittlung des Kapitalisierungszinssatzes	126
(1) Ermittlung des Basiszinssatzes	127
(2) Ermittlung des Risikozuschlags	129
(a) Ableitung der Marktrisikoprämie	130
(b) Betafaktor	133
cc) Bewertung des nicht betriebsnotwendigen Vermögens	135
d) Weitere „anerkannte Bewertungsverfahren“? Zur Eignung und praktischen Bedeutung des Multiplikatorverfahrens	136
4. Vereinfachtes Ertragswertverfahren vs. Gutachten nach IDW S1 (als im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke übliche Methode)	137
a) Allgemeiner Vergleich der beiden Verfahren	137
b) Kapitalisierungszinssätze im vereinfachten Ertragswertverfahren und im Ertragswert nach IDW S1 im Vergleich	138
c) Abbildung der Besonderheiten von KMU	143
aa) Besonderheiten von KMU und deren Abbildung im objektivierten Ertragswert nach IDW S1	144
(1) Abgrenzung und Datenverlässlichkeit	144
(2) Integrierte Planungsrechnung	144
(3) Ermittlung der übertragbaren Ertragskraft	145
(4) Kalkulatorische Tätigkeitsvergütung	146
(5) Kapitalisierung zukünftiger Nettozuflüsse	146
(6) Mangelnde Fungibilität	147
bb) Abbildung der Besonderheiten von KMU im vereinfachten Ertragswertverfahren?	151
(1) Abgrenzung und Datenverlässlichkeit im vereinfachten Ertragswert	151
(2) Begrenzungen der übertragbaren Ertragskraft im vereinfachten Ertragswert	152
(3) Mangelnde Fungibilität im vereinfachten Ertragswert	153
d) Objektivierter Ertragswert nach IDW S1 vs. vereinfachter Ertragswert in weiteren „Sonderkonstellationen“	153
5. Substanzorientierte Verfahren und der Substanzwert als Mindestwert im Sinne des Bewertungsgesetzes	154
6. Paketzuschläge nach § 11 Abs. 3 BewG	157
II. Die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände	158
1. Immobilien	158

a)	Methodische Vorbemerkungen	158
aa)	Erbschaftsteuerliche Bewertungsvorschriften	158
(1)	Gesonderte Feststellung nach §§ 151, 157 BewG	158
bb)	Wertbegriffe	159
cc)	Begriffe des Grundvermögens und der wirtschaftlichen Einheit	160
dd)	Differenzierung zwischen unbebauten und bebauten Grundstücken	161
b)	Bewertung unbebauter Grundstücke	162
c)	Bewertung bebauter Grundstücke	164
aa)	Vergleichswertverfahren	164
(1)	Bewertung mit Vergleichspreisen	165
(2)	Bewertung mit Vergleichsfaktoren	165
(3)	Besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale	166
bb)	Ertragswertverfahren	166
(1)	Allgemeines Berechnungsschema	166
(2)	Ermittlung des Bodenwerts	167
(3)	Ermittlung des Gebäudeertragswerts	168
(a)	Ermittlung des Rohertrags	168
(b)	Ermittlung des Reinertrags	168
(c)	Ermittlung des Gebäudereinertrags	169
(d)	Ermittlung des Liegenschaftszinssatzes	169
(e)	Kapitalisierung des Gebäudereinertrags	170
cc)	Sachwertverfahren	172
(1)	Allgemeines Berechnungsschema	172
(2)	Ermittlung des Gebäudesachwerts	173
(3)	Ermittlung des Sachwerts	174
2.	Kunst	175
a)	Wertermittlung	176
aa)	Besteuerungszeitpunkt	177
bb)	Hilfsmittel der Bewertung	177
(1)	Anschaffungskosten	178
(2)	Versicherungswert	178
III.	Die Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	178
1.	Erbschaftsteuerliche Bewertungsvorschriften	178
a)	Bewertungseinheit	178
aa)	Abgrenzung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zum Grundvermögen	179
bb)	Betriebe der Land- und Forstwirtschaft	179
b)	Bewertung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe	180
aa)	Bewertung des Wirtschaftsteils	180
bb)	Gemeiner Wert des Wirtschaftsteils	180
(1)	Allgemeine gesetzliche Voraussetzungen	180
(2)	Gemeiner Wert des landwirtschaftlichen Wirtschaftsteils	181
(3)	Gemeiner Wert des forstwirtschaftlichen Wirtschaftsteils	181
cc)	Bewertungsmethoden	181
(1)	Fortführungswert	181
(2)	Mindestwert	182
(3)	Liquidationswert	182
(4)	Bewertung der Betriebswohnungen und des Wohnteils	183
dd)	Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts	183
2.	Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens im Zivilrecht	184
a)	Land- und forstwirtschaftlicher Ertragswert	184
aa)	Methoden zur Ermittlung des Reinertrags	184
(1)	Ertrags-Aufwand-Rechnung/Gewinn-und-Verlust-Rechnung	184
(2)	Deckungsbeitragsrechnung	184
bb)	Multiplikatoren	185
b)	Land- und forstwirtschaftlicher Verkehrswert	185

Kapitel 4: Weiterführende Erläuterungen zum Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht	187
I. Grundlagen	189
1. Entstehung der Steuer und Bewertung	193
2. Allgemeine Steuerbefreiungen nach § 13 ErbStG	195
a) Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände	195
b) Erwerbe nach § 1969 BGB	195
c) Schuldbefreiung gegenüber dem Erblasser	196
d) Zuwendungen an Pflegepersonal	197
e) Vermögensrückfall an Eltern und Voreltern	197
f) Verzicht auf den Pflichtteilsanspruch	197
g) Zuwendungen zum Zwecke des angemessenen Unterhalts oder der Ausbildung	199
h) Zuwendung üblicher Gelegenheitsgeschenke	199
i) Zuwendungen an gemeinnützige oder mildtätigen Zwecken dienende Körperschaften	199
3. Steuerklassen, Tarif und Freibeträge	200
4. Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs	204
5. Zusammenrechnung mehrerer Erwerbe	206
6. Besteuerung wiederkehrender Leistungen	208
7. Stundungsmöglichkeiten	211
a) Stundung für begünstigtes Vermögen nach § 13b Abs. 2 ErbStG	211
b) Stundung für bebaute Grundstücke und Grundstücksteile i.S.d. § 13d ErbStG	212
c) Stundung nach Verschonungsbedarfsprüfung gem. § 28a ErbStG	212
d) Stundung nach § 222 AO	213
8. Erlöschen der Steuer in besonderen Fällen	213
II. Verschonung von Betriebsvermögen	216
1. Schritt 1: Begünstigungsfähiges Vermögen	219
a) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	219
b) Inländisches und EU-Betriebsvermögen	220
c) Anteile an Kapitalgesellschaften	222
2. Schritt 2: Verwaltungsvermögen	224
a) Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke	224
aa) Überlassung von Grundstücken im Rahmen einer insgesamt gewerblichen Tätigkeit (Beherbungsbetriebe)	224
bb) Nutzungsüberlassung im Rahmen einer Betriebsaufspaltung	225
cc) Nutzungsüberlassung im Sonderbetriebsvermögen	226
dd) Verpachtung eines ganzen Betriebs	227
ee) Überlassung im Konzern	228
ff) Wohnungsunternehmen	228
gg) Grundstücke im Zusammenhang mit Lieferverträgen	232
hh) Überlassung zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung	233
b) Beteiligungen von 25% oder weniger an Kapitalgesellschaften	233
c) Kunstgegenstände und andere Gegenstände der privaten Lebensführung	234
d) Wertpapiere und vergleichbare Forderungen	234
e) Finanzmittel	234
f) Verbundvermögensaufstellung	235
3. Zwischenschritt: Übermäßiges Verwaltungsvermögen (90%-Test)	240
4. Schritt 3: Finanzmitteltest	241
5. Schritt 4: Nettowert des Verwaltungsvermögens	242
6. Schritt 5: Unschädliches Verwaltungsvermögen	243
7. Schritt 6: Begünstigtes Vermögen	244
8. Vorwegschlag bei Familienunternehmen	245
a) Voraussetzungen zur Gewährung des Vorwegabschlags	246
aa) Entnahmebeschränkungen	246
bb) Verfügungsbeschränkungen	246
cc) Abfindungsbeschränkung	248
b) Höhe des Vorwegabschlags	248
c) Umfang des Vorwegabschlags	249
d) Fristen und Folgen	249

9. Investitionsklausel	251
10. Verschonungssystem	255
11. Begünstigtes Vermögen bis einschließlich 26 Mio. EUR	257
a) Regelverschonung	258
b) Optionsverschonung	258
12. Begünstigtes Vermögen über 26 Mio. EUR bis unter 90 Mio. EUR	260
a) Abschmelzmodell	261
b) Erlass mit Verschonungsbedarfsprüfung	263
13. Begünstigtes Vermögen ab 90 Mio. EUR	265
14. Behaltensfristen (Nachversteuerungsvorbehalt)	266
a) Veräußerung oder Aufgabe von Beteiligungen	267
b) Veräußerung bzw. Entnahme wesentlicher Betriebsgrundlagen	268
c) Überentnahmen	269
d) Mindestlohnsomme	270
III. Weitere Steuerbefreiungen	272
1. Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	272
a) Begünstigte Vorgänge und Umfang der Steuerbefreiung	273
b) Grundstücke im Zustand der Bebauung	274
c) Erbbaurecht	276
d) Zusammenspiel mit anderen Steuerbefreiungen	276
2. Steuerbefreiung für das Familienheim	277
a) Zuwendung unter Lebenden	278
b) Erwerb von Todes wegen	279
3. Steuerbefreiung für Kunst und Denkmalschutz	281
a) Begünstigte Vorgänge und Umfang der Steuerbefreiung	281
b) Öffentliches Erhaltungsinteresse	282
c) Dauerhafte Unrentabilität	283
d) Nutzbarmachung für Forschung oder Volksbildung	283
e) Bestimmungen der Denkmalpflege	284
f) 20-jähriger Familienbesitz oder Eintragung in ein Kulturgüterverzeichnis	284
g) Wegfall der und Verzicht auf die Steuerbefreiung	285
IV. Hinweise zur Erstellung der Erbschaftsteuererklärung	285
1. Anzeige- und Erklärungspflicht	286
2. Veranlagungsverfahren	287
3. Zuständige Finanzämter	288
a) Festsetzung von Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer	288
b) Gesonderte Feststellung	289
4. Festsetzungsverjährung	289
V. Konsequenzen des Brexits für unentgeltliche Vermögensübertragungen	291
1. Grundlagen	291
2. Unentgeltliche Übertragung britischen Vermögens eines in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerbers	291
a) Betriebsvermögen	292
b) Vermieteter Wohnraum	293
c) Kulturgüter	294
d) Familienheim	294
3. Unentgeltliche Übertragung in Deutschland belegenen Vermögens eines in Großbritannien ansässigen Erwerbers	295
Kapitel 5: Weiterführende Erläuterungen zu Ertragsteuer und Grunderwerbsteuer	297
I. Ertragsteuerliche Folgen	298
1. Privatvermögen	298
a) Anteile an Kapitalgesellschaften von mindestens 1%	298
b) Anteile an Kapitalgesellschaften von weniger als 1%	299
c) Untergang von Verlustvorträgen bei Kapitalgesellschaften	300
d) Immobilien und andere Vermögensgegenstände	302

2. Personengesellschaften	303
a) Zivilrechtliche Anforderungen an den Gesellschaftsvertrag	303
aa) Fortsetzungsklausel	305
bb) Übernahmeklausel	306
cc) Eintrittsklausel	306
dd) Nachfolgeklauseln	306
(1) Einfache Nachfolgeklausel	307
(2) Qualifizierte Nachfolgeklausel	307
b) Steuerliche Grundsätze von Anteilsübertragungen	309
aa) Übertragungsvorgänge i.S.v. § 6 Abs. 3 EStG	310
bb) Übertragungsvorgänge i.S.v. § 6 Abs. 5 S. 3 EStG	312
cc) Sonderbetriebsvermögen	313
(1) Übertragung von Sonderbetriebsvermögen zusammen mit Anteilen an Personengesellschaften	313
(2) Isolierte Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	316
(3) Anteilsübertragungen im Überblick	316
c) Anwendungsfälle für die Übertragung eines ganzen Mitunternehmeranteils	318
aa) Übertragung eines Mitunternehmeranteils ohne Zurückbehalten von wesentlichen Betriebsgrundlagen	318
bb) Übertragung eines Mitunternehmeranteils mit Zurückbehalten von wesentlichen Betriebsgrundlagen	319
Beispiel a) Übertragung in ein anderes Betriebsvermögen	319
Beispiel b) Zurückbehaltenes Sonderbetriebsvermögen	319
d) Anwendungsfälle für die Übertragung eines Teils eines Mitunternehmeranteils	320
aa) Quotale Übertragung	320
bb) Disquotale Übertragung	320
Beispiel a) Unterquotale Übertragung	321
Beispiel b) Überquotale Übertragung	322
e) Gesamtplanrechtsprechung	322
aa) Entwicklung der Rechtsprechung	323
bb) Konsequenz für Behaltensfrist nach § 6 Abs. 3 S. 2 EStG	326
f) Betriebsaufspaltung	327
aa) Grundlagen	327
bb) Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	329
cc) Betriebsaufspaltung bei Erbschafts- und Schenkungsfällen	329
g) Teilentgeltliche Übertragungen von Einzelwirtschaftsgütern	332
aa) Trennungstheorie	332
bb) BFH-Urteil vom 21.6.2012	333
cc) BFH-Urteil vom 19.9.2012	333
dd) Modifizierte Trennungstheorie	334
ee) Vorlage an den Großen Senat des BFH zur „Trennungstheorie“	335
3. Praxishinweise zur Einkommensteuer	337
a) Steuererklärung und dem Erblasser zuzurechnende Einkünfte	337
b) Verlustvorträge des Erblassers	338
c) Erhaltungsaufwendungen des Erblassers	339
d) Steuererklärung und den Erben zuzurechnende Einkünfte	339
e) Bekanntgabe von Verwaltungsakten	340
f) Zusammenveranlagung/Getrennte Veranlagung für den überlebenden Ehe- gatten	341
g) Anrechnung der Erbschaftsteuer auf die Einkommensteuer	342
II. Grunderwerbsteuer	344
1. Gesetz zur Änderung des GrEStG und aktuelle Diskussionen zur Reformierung der Grunderwerbsteuer	344
2. Allgemeines	345
a) Bemessungsgrundlage gem. § 8 GrEStG	346
b) Gegenleistung gem. § 9 GrEStG	346
c) Steuersatz	346
d) Steuerschuldner	347

3. Steuerbare Vorgänge	347
a) Grundtatbestand gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 GrEStG	347
b) Nebentatbestände	347
aa) § 1 Abs. 1 Nr. 2 GrEStG	347
bb) § 1 Abs. 1 Nr. 3 GrEStG	348
c) Ergänzungstatbestände	348
aa) § 1 Abs. 2a GrEStG	348
bb) § 1 Abs. 2b GrEStG	349
cc) § 1 Abs. 2c GrEStG	350
dd) § 1 Abs. 3 GrEStG	350
ee) § 1 Abs. 3a GrEStG	351
4. Steuervergünstigungen	351
a) Allgemeine Ausnahmen von der Besteuerung	351
aa) § 3 Nr. 2 GrEStG	352
bb) § 3 Nr. 3 GrEStG	352
cc) § 3 Nr. 4, 5 und 5a GrEStG	353
dd) § 3 Nr. 6 GrEStG	353
b) § 5 GrEStG Übergang auf eine Gesamthand	354
c) § 6 GrEStG Übergang von einer Gesamthand	355
d) § 7 GrEStG Grundstücksteilung in Flächeneigentum	356
e) Interpolierende Betrachtungsweise	356
Kapitel 6: Nießbrauch, Auflagen und Gegenleistungen	359
I. Zivilrechtliche Grundlagen	360
1. Nießbrauch	360
a) Begriffsbestimmung	361
b) Nießbrauchsberechtigte und deren Pflichten	362
c) Bestellung und Erlöschen des Nießbrauchs	362
d) Abgrenzung der einzelnen Dienstbarkeiten	363
e) Arten des Nießbrauchs	363
aa) Unterscheidung nach dem wirtschaftlichen Hintergrund	363
bb) Unterscheidung nach der Lastentragung	364
cc) Unterscheidung nach dem Zweck	365
dd) Unterscheidung nach dem Umfang der Befugnisse	365
ee) Unterscheidung nach der Höhe der Erträge	366
2. Auflagen	367
a) Schenkungen unter Auflage	367
b) Letztwillige Verfügung unter Auflage	367
3. Gegenleistung	368
II. Nießbrauch an vermieteten Grundstücken	369
1. Vorbehaltsnießbrauch	370
a) Schenkungsteuerliche Folgen	370
b) Ertragsteuerliche Folgen	370
2. Wohnrecht	373
3. Zuwendungsnießbrauch	373
a) Schenkungsteuerliche Folgen	373
b) Ertragsteuerliche Folgen	374
4. Quotennießbrauch	375
a) Schenkungsteuerliche Folgen	376
b) Ertragsteuerliche Folgen	376
5. Bruchteilsnießbrauch	377
6. Beendigung des Nießbrauchs	377
a) Schenkungsteuerliche Folgen bei vorzeitiger Beendigung	378
b) Ertragsteuerliche Folgen bei vorzeitiger Beendigung	378
7. Nießbrauch und Grunderwerbsteuer	379
8. Fazit zu Nießbrauchsübertragungen bei Grundstücken	379

III. Nießbrauch an Anteilen von Personengesellschaften	380
1. Mitunternehmerstellung bei einem Nießbrauch an Personengesellschaften	380
a) Mitunternehmerinitiative	381
b) Mitunternehmerisiko	382
2. Ertragsnießbrauch	383
a) Schenkungsteuerliche Folgen	383
b) Ertragsteuerliche Folgen	383
3. Vollnießbrauch	384
a) Schenkungsteuerliche Folgen	385
b) Ertragsteuerliche Folgen	385
4. Alternative: Schenkung eines Anteils mit disquotalem Gewinnbezugsrecht	387
a) Bewertung des Anteils	387
b) Schenkungsteuerliche Folgen	388
c) Ertragsteuerliche Folgen	390
5. Fazit zu Nießbrauch an Personengesellschaftsanteilen	390
IV. Nießbrauch an Anteilen einer Kapitalgesellschaft	391
1. Schenkungsteuerliche Folgen	392
2. Ertragsteuerliche Folgen	392
V. Vermögensübertragungen gegen wiederkehrende Leistungen	393
1. Versorgungsleistungen	394
a) Schenkungsteuerliche Folgen	394
b) Ertragsteuerliche Folgen	394
c) Voraussetzungen für das Vorliegen von Versorgungsleistungen	395
aa) Begünstigtes Vermögen	395
bb) Ausreichend ertragbringendes Vermögen	395
cc) Versorgungsaspekt der Leistungen und Unentgeltlichkeit	396
dd) Empfänger des Vermögens	396
ee) Empfänger der Versorgungsleistungen	396
ff) Vertragsanforderungen	397
gg) Weitere Anforderungen	397
2. Austauschleistungen	398
a) Kaufmännische Abwägung von Leistung und Gegenleistung	399
b) Nichterfüllung der Voraussetzungen für Versorgungsleistungen	400
c) Ermittlung von Anschaffungskosten, Veräußerungspreis sowie Tilgungs- und Zinsanteil der Austauschleistungen	400
3. Unterhaltsleistungen	402
a) Unterhaltsleistungen in Abgrenzung zu Versorgungsleistungen	402
b) Unterhaltsleistungen in Abgrenzung zu Austauschleistungen	402
VI. Bewertung von wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen	402
1. Bewertung allgemein	402
2. Bewertung des Nießbrauchs	404
a) Grundsatz	404
b) Verkehrswertermittlung des Nießbrauchs für Immobilien am freien Markt	406
aa) Verzinsung	406
bb) Verkehrswert des Nießbrauchs	406
cc) Verkehrswert des belasteten Grundstücks	408
3. Bewertung von Versorgungsleistungen	409
Kapitel 7: Gestaltungen an der Schnittstelle zwischen Zivil- und Steuerrecht	411
I. Erbrechtliche Grundlagen	413
1. Allgemeine Grundsätze	413
a) Gesamtrechtsnachfolge	413
b) Erbfähigkeit	413
c) Erbnunwürdigkeit	414
2. Gesetzliche Erbfolge	414
a) Erben erster Ordnung	416
b) Erben zweiter Ordnung	416
c) Erben dritter Ordnung	417

d) Erben vierter Ordnung	417
e) Erben der fünften Ordnung und fernerer Ordnungen	418
f) Ehegatten	418
aa) Grundsätzliches	418
bb) Voraus des Ehegatten	418
g) Erbrecht des Staates	418
3. Gewillkürte Erbfolge	419
a) Verfügungen von Todes wegen	419
aa) Erbeinsetzung	419
bb) Vermächtnis	419
cc) Teilungsanordnung	420
dd) Auflage	420
ee) Testamentsvollstrecker	420
b) Testament	420
aa) Grundsätzliches	420
bb) Testamenterrichtung	421
cc) Testamentsformen	421
(1) Öffentliches Testament	421
(2) Eigenhändiges Testament	422
(3) Nottestament	422
dd) Widerruf eines Testaments	422
ee) Testamentseröffnung	423
ff) Anfechtung eines Testaments	423
gg) Nichtigkeit eines Testaments	423
c) Gemeinschaftliches Testament	424
d) Erbvertrag	424
II. Gestaltungen mit dem ehelichen Güterstand	425
1. Zivilrechtliche Grundlagen: Güterstände	425
a) Zugewinnngemeinschaft	425
aa) Ausgleich des Zugewinns	425
bb) Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände	428
(1) Grundsätzliches	428
(2) Bewertung von Grundstücken	428
(3) Bewertung von Wohn- und Nutzungsrechten	429
(4) Bewertung von Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Wertpapieren	429
cc) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft	430
(1) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft unter Lebenden	430
(2) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft von Todes wegen	430
(a) Erbrechtliche Lösung	430
(b) Güterrechtliche Lösung	430
b) Gütertrennung	431
c) Gütergemeinschaft	431
2. Die Güterstände im Erbschaftsteuerrecht	433
a) Zugewinnngemeinschaft	433
aa) Grundsätzliches	433
bb) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft von Todes wegen	433
(1) Erbrechtliche Lösung (Begünstigung gem. § 5 Abs. 1 ErbStG)	433
(2) Güterrechtliche Lösung (Begünstigung gem. § 5 Abs. 2 ErbStG)	436
cc) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft unter Lebenden (§ 5 Abs. 2 ErbStG)	437
(1) Grundlagen	437
(2) Anrechnung von Schenkungen auf den Zugewinnausgleichsanspruch	437
(3) Verzicht auf den Zugewinnausgleichsanspruch	437
dd) Bewertung des steuerfreien Zugewinnausgleichs nach steuerlichen Bewertungsvorschriften	437
b) Gütertrennung	438
c) Gütergemeinschaft	438
3. Ertragsteuerliche Folgen des Zugewinnausgleichs	438

4.	Güterstandsschaukel	438
a)	Grundlagen	438
b)	Steuerliche Auswirkungen	439
c)	Kein „fliegender“ Zugewinnausgleich	440
d)	Pflichtteilergänzungsfestigkeit	440
III.	Das Familienheim i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 4a–c ErbStG	441
1.	Einführung	441
2.	Begünstigte Objekte – Anforderungen an ein Familienheim	441
a)	Objekte	441
b)	Eigentum oder Miteigentum	442
c)	Auch GbR-Anteil begünstigt?	442
d)	Keine Begünstigung beim Erwerb eines bloßen Nießbrauchsrechts	443
e)	Gemischte Gebäudenutzung	443
f)	In der EU und dem EWR belegene Familienheime	444
g)	Lebensmittelpunkt oder aus zwingenden Gründen an der Selbstnutzung gehindert	444
h)	Wiederholte Übertragung des jeweiligen Familienheims	445
3.	Begünstigte Erwerber	445
4.	Die Erwerbstatbestände im Einzelnen	445
a)	Erwerb des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners zu Lebzeiten	445
b)	Erwerb des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners von Todes wegen	446
aa)	Selbstnutzung des Erblassers oder aus zwingenden Gründen an der Selbstnutzung gehindert	446
bb)	Unverzögliche Aufnahme der Selbstnutzung durch den Erwerber	447
cc)	Zehnjährige Nutzungsdauer	447
dd)	Selbstnutzung als Eigentümer erforderlich	448
c)	Erwerb der Kinder von Todes wegen	448
d)	Erwerbsgründe von Todes wegen	449
5.	Gestaltungsüberlegungen	450
a)	Allgemeines	450
b)	Übertragung zu Lebzeiten oder von Todes wegen?	450
aa)	Vorzugswürdigkeit der Übertragung zu Lebzeiten	450
bb)	Ausgestaltung des Übertragungsvertrages – Absicherung des Schenkers bei lebzeitiger Übertragung	451
cc)	Empfehlung zur Testamentsgestaltung – Herausgabevermächtnis an einzugsberechtigtes Kind	452
dd)	Berücksichtigung der Steuerbefreiung des Familienheims	452
ee)	Keine Belastung mit Verbindlichkeiten	453
ff)	Familienheimschaukel	453
IV.	Vor- und Nacherbschaft	454
1.	Zivilrechtliche Grundlagen	454
a)	Bedeutung der Vor- und Nacherbschaft	454
b)	Beschränkungen des Vorerben	454
c)	Keine Erbengemeinschaft	455
d)	Dauer der Vor- und Nacherbschaft	455
e)	Mitvorerben und Mitnacherben	456
f)	Typische Anordnungsgründe der Vor- und Nacherbschaft	456
g)	Einfluss des Vorerben auf die Nacherbenbestimmung	457
h)	Schwierigkeiten der Vor- und Nacherbschaft	458
i)	Vor- und Nachvermächtnis	459
2.	Steuerliche Behandlung des Vor- und Nacherben	460
a)	Steuerliche Behandlung des Vorerben	460
b)	Steuerliche Behandlung des Nacherben	461
c)	Nacherbfall aufgrund des Todes des Vorerben	462
d)	Nacherbfall aufgrund eines anderen Ereignisses	463
aa)	Besteuerung des Vor- und des Nacherben	463
bb)	Berechnung der anrechenbaren Steuer	464
3.	Vor- und Nachvermächtnis, § 6 Abs. 4 ErbStG	465
4.	Mit dem Tode des Beschwerten fällige Vermächtnisse	465

5. Auflagen	466
6. Nießbrauchsvermächtnis als Alternative	466
V. Pflichtteilsansprüche	467
1. Zivilrecht	467
a) Pflichtteilsberechtigung	467
b) Ausschluss Pflichtteilsberechtigung	468
c) Zusatzpflichtteil sowie Beschränkungen und Beschwerden	468
d) Träger der Pflichtteilslast im Außen- und im Innenverhältnis	469
e) Verjährung des Pflichtteilsanspruchs	469
f) Pflichtteil als Störfaktor – Reduzierung von Pflichtteilsansprüchen	470
aa) Güterstand als Gestaltungsmittel	470
bb) Voraus des Ehegatten	471
cc) Ausstattungen	471
dd) Schenkung eines Unternehmens unter Vereinbarung von Gegenleistungen	471
ee) Zuwendung eines landwirtschaftlichen Betriebes	471
ff) Gesellschaftsvertragliche Abfindungsklauseln	471
gg) Vermögensverlagerung ins pflichtteilsfreie Ausland	472
hh) Anrechnung von Schenkungen auf den Pflichtteil	472
ii) Ausgleichsbestimmung	472
2. Steuerrecht	472
a) Grundlagen	472
aa) Entstehung des Pflichtteilsanspruchs	472
bb) Testamentarische Zuwendung des „Pflichtteils“	474
b) Verzicht	474
aa) Pflichtteilsverzicht zu Lebzeiten des Erblassers	474
bb) Pflichtteilsverzicht nach dem Tod des Erblassers	475
c) Bewertung des Pflichtteils	476
d) Pflichtteil als Gestaltungsmittel	476
e) „Postmortale“ Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs	477
f) Problem: Pflichtteilsstrafklausel	478
3. Pflichtteilsergänzungsansprüche	478
a) Grundlagen	478
b) Vorliegen einer Schenkung	479
aa) Anspruchsinhaber und Anspruchsgegner	480
bb) Bewertung von Schenkungen beim Pflichtteilsergänzungsanspruch	480
c) Pflichtteilsergänzung und Nutzungsvorbehalt	481
aa) Fristlauf bei Schenkungen unter Nutzungsvorbehalt	481
bb) Bewertungen von Grundstücksschenkungen unter Nießbrauchs- oder Wohnungsrechtsvorbehalt beim Pflichtteilsergänzungsanspruch	482
d) Pflichtteilsergänzung und Rückforderungsrecht	483
e) Besteuerung Pflichtteilsergänzungsanspruch	483
f) Pflichtteilsergänzung bei Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen	484
4. Ertragsteuerliche Fallstricke bei Pflichtteils- und Zugewinnausgleichsansprüchen	484
a) Hingabe von ererbtem Vermögen zur Erfüllung von Pflichtteilsansprüchen	484
b) Hingabe von ererbtem Vermögen zur Erfüllung des Zugewinnausgleichsanspruchs	486
c) Erzielung eines Veräußerungsverlusts	487
VI. Ausschlagung	487
1. Grundlagen	487
2. Ausschlagung und Pflichtteilsrecht	488
a) Folgen der Ausschlagung	488
b) Ausschlagung als steuerliches Gestaltungsmodell	489
aa) Gestaltungen bezüglich Freibeträgen	489
bb) Ausschlagung der testamentarischen Erbinsetzung und Annahme der gesetzlichen Erbenstellung	489
cc) Ausschlagung durch den zugewinnausgleichsberechtigten Ehegatten	489
dd) Ausschlagung und ertragsteuerliche Aspekte	490
(1) Widerspruch der Erbfolge zum Gesellschaftsvertrag – Rettung durch Ausschlagung	490

(2) Ausschlagung gegen Abfindung	490
ee) Anerkennung formunwirksamer Testamente als Alternative zur Ausschlagung	491
VII. Kettenschenkung	492
1. Allgemeines	492
a) Grundidee der Kettenschenkung	492
b) Freie Entscheidungsbefugnis des Beschenkten	493
c) Zeitraum zwischen den Schenkungen	493
d) Zusammenfassung der Beurkundungen in einer Urkunde	494
e) Interessenlage der Beteiligten	494
2. Gestaltungsüberlegungen für Kettenschenkungen im neuen ErbStG	495
a) Zuwendung von großen Erwerben von Betriebsvermögen	495
b) Zuwendung von Betriebsvermögen mit nicht begünstigtem Verwaltungs- vermögen	495
3. Freie Entscheidungsbefugnis bei beiderseitiger Zuwendung	496
Sachverzeichnis	497